

Bildung darf niemanden zurücklassen

Diskussionspapier zum 2. Zukunftskongress „Demographischer Wandel“

Mit den nachfolgenden Thesen und Positionen möchten wir das Thema Bildung im Kontext des demographischen Wandels in Bayern diskutieren. Ziel ist es, zu den inhaltlichen Gesprächen im Rahmen des „Mein Bayern“-Prozesses beizutragen und einen bildungspolitischen Fokus zu setzen.

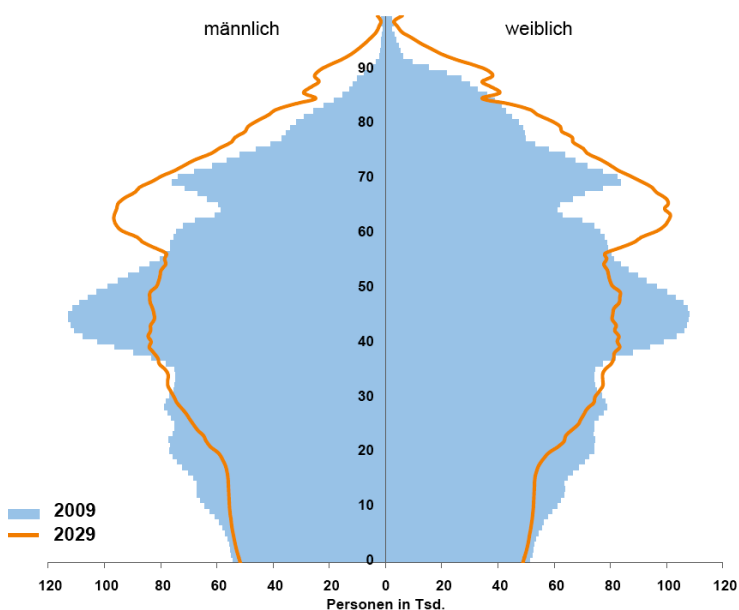
Ausgangslage: Bayerns Bevölkerung verändert sich

Die Bevölkerung wird durchwegs älter. Das Durchschnittsalter wird sich in Bayern von 42,4 Jahre im Jahr 2008 auf 46,1 Jahre in 2028. So steigt z.B. im Landkreis Wunsiedel das Durchschnittsalter von 46,2 auf 50,6 Jahre – bei einem gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang von 21,7 %. Der Altenquotient – das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis unter 65-Jährigen – steigt durchweg. Die Gruppe der 19- bis unter 60-Jährigen – die arbeitende Bevölkerung – sinkt.

Der demographische Wandel vollzieht sich regional sehr unterschiedlich. Die Grundaussage des Bayerischen Landesamts für Statistik bei der Vorausschau bis 2028 ist „Bayerns Bevölkerung weiterhin stabil“. Man rechnet sogar mit einem Zuwachs von 0,9 %. Aber dies ist ein Durchschnittswert. Schon bei der Betrachtung der Regierungsbezirke reicht die Spanne von einem Plus von 7,6 % in Oberbayern bis zu einem Minus von 9,6 % im Regierungsbezirk Oberfranken. Innerhalb von Oberbayern wiederum reicht die Spanne von +15,5% (Landkreis Erding) bis zu -4,3% (Landkreis Altötting). Es ist damit nicht möglich, eine Antwort auf die Folgen des demographischen Wandels in ganz Bayern zu geben. Selbst innerhalb eines Regierungsbezirkes sind die Schwankungen enorm.

Die Bevölkerung wird kulturell bunter. Beschäftigt man sich mit der Veränderung in der Anzahl und Altersstruktur der Bevölkerung, so muss man die Themen Einwanderung und Migration mit betrachten, denn sie haben Auswirkungen auf die Demographie. So hatten z.B. im Jahr 2009 31,7 % der 5- bis 9-Jährigen einen Migrationshintergrund – ein Wert, der nicht zuletzt aufgrund der Öffnung und des Zusammenwachsens von Europa zunehmen wird.

Die Bildungsanforderungen in der Arbeitswelt werden immer größer. Der Bildungsbericht Deutschland 2010 geht davon aus, dass der Bedarf für Menschen ohne oder mit gering qualifizierender Berufsausbildung erheblich zurückgehen wird. Der Bedarf an Arbeitsplätzen mit hoher Qualifikation wird dagegen zunehmen.



Aufgrund der niedrigen Geburtenrate gibt es immer weniger junge Menschen, die ins Berufsleben einsteigen. Alleine deshalb müssen – ganz anders als bisher – alle Bildungspotentiale genutzt werden. Deutschland kann sich die hohe Zahl von Schulabbrechern und Schulabsolventen ohne oder mit einem schlechten Abschluss nicht mehr leisten. Vielmehr sind alle Anstrengungen zu unternehmen, einen möglichst großen Teil der jungen Menschen zu hohen Berufsabschlüssen zu führen. Die wachsende Fachkräfte-Lücke durch gezielte Zuwanderung zu schließen, wie es gegenwärtig wieder diskutiert wird, kommt erst in zweiter Linie in Frage.

Grafik: Bevölkerungsskizze im Jahr 2009 bzw. 2029
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Bildungspolitische Positionen im Kontext des demographischen Wandels

1. Bildung muss bedeutend früher ansetzen

Kindergärten und Krippen sind als Bildungseinrichtungen zu begreifen und so auszubauen, dass sie nach modernen Erkenntnissen optimal der altersgemäßen Entwicklung aller körperlichen und geistigen Kräfte der Kinder dienen. Dazu müssen alle Kinder von der Geburt an durch ein flächendeckendes System der Früherkennung und -förderung begleitet werden. Das bedeutet keine Verschulung und auch keine Ausrichtung allein auf den Schulerfolg, sondern z.B. durch den Ausbau der Familienbildung und die Integration in inklusiv arbeitende Kindergärten und Grundschulen eine angemessene Unterstützung von Anfang an.

2. Schule muss Kinder optimal fördern statt auslesen

Um die Potentiale aller Schüler/-innen auszuschöpfen, muss die Schule sich an den jeweiligen individuellen Lernbedürfnisse und -fähigkeiten der Kinder orientieren. Angesichts des Nachwuchsmangels wird man sich zukünftig sehr viel mehr als bisher um Bildung und Ausbildung von benachteiligten Kindern und Erwachsenen bemühen müssen. Das bedeutet nicht nur größere Diversität der Lehr-/Lernmethoden, sondern auch größere Vielfalt der Lernumgebungen. Allein aus diesen Gründen sind eine längere gemeinsame Schulzeit, die Ganztagschule und inklusive Schulen unausweichlich.

3. Regionale Schule: Bildungschancen vor Ort erhalten

In Bayern gibt es immer noch große regionale Unterschiede z.B. bezüglich der Schüler/-innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Durch Sicherung eines flächendeckenden qualifizierten Schulwesens muss sichergestellt werden, dass keine Region bildungsmäßig benachteiligt oder abgehängt wird. Da die Schülerzahlen zurückgehen, ist die Dreigliedrigkeit nicht länger zu halten, wenn wohnortnahe Schulangebote erhalten werden sollen. Um die Bildungspotentiale des ländlichen Raumes zu sichern, ist deshalb die Gemeinschaftsschule notwendig. Zentralistische Ansätze sind diesen Anforderungen nicht gewachsen. Wir benötigen ein System, mit dem die Entscheider vor Ort festlegen können, wie man in ihrer Region oder Kommune Bildung am besten organisiert. Dabei darf auch die Schulstruktur keine feste Größe sein, sondern muss sich an die Gegebenheiten vor Ort anpassen.

4. Berufliche Bildung: Qualifizierung für alle

Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung muss verbessert werden. Die erhöhten Anforderungen an eine Ausbildung kann nicht mehr jeder Betrieb alleine darstellen. Wir brauchen Ausbildungsverbünde und die Möglichkeit in Produktionsschulen dafür zu sorgen, dass wirklich alle eine Berufsausbildung bekommen. In Zeiten eines immer geringeren Arbeitskräftenachwuchses darf auch in der Berufsausbildung niemand mehr verloren gehen: So müssen die Abbrecherquoten gesenkt und die Abhängigkeit der Ausbildungssituation von der Konjunkturentwicklung vermindert werden.

5. Offene Hochschulen

Nicht nur durch den Ansturm doppelter Jahrgänge, sondern auch durch die veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes werden die Studierendenzahlen langfristig weiter ansteigen. Die derzeitigen Überlastungen, die zu unverantwortlich hohen Studienabbrecherzahlen führen und der baulich schlechte Zustand der Hochschulen bedingt einen weiterhin steigenden Finanzierungsbedarf, der absehbar über das Jahr 2025 hinaus anhält. Wichtig ist es, in Zukunft die Durchlässigkeit für Studienbewerber/-innen aus beruflichen Kontexten zu verbessern. Auch die Übergänge in weitere schulische oder hochschulische Ausbildungsgänge sind zu optimieren. Die Vergabe von Studienplätzen allein nach Schulnoten ohne Beachtung der spezifischen Eignung hat sich nicht bewährt.

6. Größere Bedeutung für lebenslanges Lernen

Kurze technische Innovationszyklen verbunden mit längeren Lebensarbeitszeiten bedingen eine komplett andere Kultur der Weiterbildung und des Lernens im Erwachsenenalter. Immer häufiger werden Berufswechsel notwendig, die komplett neue Ausbildungen benötigen. Hier aber nur an berufliche Weiterbildung zu denken, ist deutlich zu kurz gesprungen. Lebenslanges Lernen muss auch staatlich gefördert werden, z.B. durch den Wegfall der bisherigen Altersgrenzen für Ausbildungsförderung. Bei steigendem Anteil von Menschen über 65 Jahren „gehören institutionalisierte Bildungsmöglichkeiten auch für die nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung zu den wichtigen Voraussetzungen sozialer Teilhabe“, so der Bildungsbericht Deutschland 2010.

7. Potentiale Älterer ausschöpfen

Viele Praxisbeispiele zeigen, dass Bildung als Gemeinschaftsaufgabe vor Ort verstanden werden kann. So machen Kommunen, Vereine, Interessensgruppen und nicht zuletzt Einzelpersonen oft interessante Bildungsangebote, die zu einer lernenden Gesellschaft beitragen. Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang, ältere Menschen einzubinden und z.B. durch Patenschaften oder als Coach deren Erfahrung zu nutzen.

8. Zuwanderung steuern - Einwanderer qualifizieren

Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird es bleiben. Eine zukunftsorientierte Einwanderungspolitik setzt deshalb auf ein intensives Angebot an Sprachförderung spätestens ab dem Kindergarten, das auch einheimischen Familien zugänglich ist. Flankierend müssen Angebote von Schulen, Vereinen u.a. gefördert werden, die ergänzend zu Integrationskursen auch einen sozialen Anschluss an die Aufnahmegesellschaft ermöglichen. Um dies zu unterstützen sind Maßnahmen der interkulturellen Öffnung bei Vereinen notwendig. Eine „Willkommenskultur“ ermöglicht es Einwanderern, schnell in das Arbeitsleben einzusteigen. Vorhandene Qualifikationen sind deshalb umgehend auf ihre Vergleichbarkeit mit einheimischen Abschlüssen zu überprüfen und anzuerkennen oder es sind praktikable Ergänzungsmöglichkeiten zu schaffen.